



HANDLUNGSANSÄTZE & GOOD PRACTICE-BEISPIELE

Bausteine zur Stärkung der Nachhaltigkeitspolitik







Bausteine zur Stärkung der Nachhaltigkeitspolitik

Zur erfolgreichen Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung sind politische Rahmenbedingungen notwendig, die Ziele für wirkungsvolles Handeln setzen. Denn so können wir die großen Herausforderungen unserer Zeit als Chance sehen, die es proaktiv zu gestalten gilt. In unterschiedlichsten Bereichen werden bereits verschiedene Ansätze verfolgt, um Nachhaltigkeit ganzheitlich zu verankern. So schreiben zum Beispiel Nachhaltigkeitsstrategien verbindliche Ziele fest, Beiräte erarbeiten politische Lösungsansätze, Kriterien in der Finanzpolitik sorgen für eine nachhaltige kommunale Geldanlage und Nachhaltigkeitsfestivals aktivieren die breite Gesellschaft.

Die Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West (RENN.west) begleitet die Nachhaltigkeitsprozesse in Hessen, NRW, Rheinland-Pfalz

und dem Saarland. In dieser Broschüre stellen wir vor, mit welchen Ansätzen die Nachhaltigkeitspolitik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gestaltet wird. Verschiedene Bausteine werden erläutert und mit konkreten Beispielen aus der RENN.west-Region (Hessen, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland) verknüpft. Seien Sie gespannt auf inspirierende Beispiele aus den Bereichen:

-  Steuerung & Prozesse
-  Politik & Verfassung
-  Organe & Gremien
-  Kommunikation & Partizipation

Alle Inhalte und weitere Informationen können Sie auch online in einer interaktiven Grafik entdecken:



www.ziele-brauchen-taten.de/nachhaltigkeitsziele



Strategien

Sowohl die Agenda 21 als auch die Agenda 2030 der Vereinten Nationen bewerten Nachhaltigkeitsstrategien als wirksames Instrument, um Nachhaltigkeit strategisch zu verankern und die SDGs umzusetzen. Neben der Erarbeitung langfristiger Visionen können Strategien mittelfristige Ziele mit kurzfristigen Maßnahmen verknüpfen. Bei der Erarbeitung dieser Strategien sollte zum einen die themenfeldübergreifende Einbindung diverser Akteur*innen gewährleistet und zum anderen die Kohärenz mit globalen Prozessen und internationalen sowie nationalen Zielsetzungen berücksichtigt werden.

BUND

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

Im April 2002 folgte Deutschland dem Beschluss der Agenda 21, nationale Nachhaltigkeitsstrategien auszuarbeiten. Im März 2021 wurde nach 2016 bereits die zweite umfassende Fortschreibung der Strategie veröffentlicht. So wurde z. B. das Zielsystem der Strategie um wichtige Bereiche ergänzt (z. B. Gesundheitsindikatoren). Die größte Neuerung ist die Verankerung von 6 sogenannten Transformationsbereichen. Im Hinblick auf die Umsetzung der Agenda 2030 werden ambitionierte Fortschritte in diesen Bereichen als besonders notwendig gesehen. Ein weiterer zentraler Aspekt der Fortschreibung ist das „Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit“, das gesellschaftliches Engagement sichtbar machen soll und vom RNE gemeinsam mit den RENN ab Sommer 2021 umgesetzt wird.

LAND

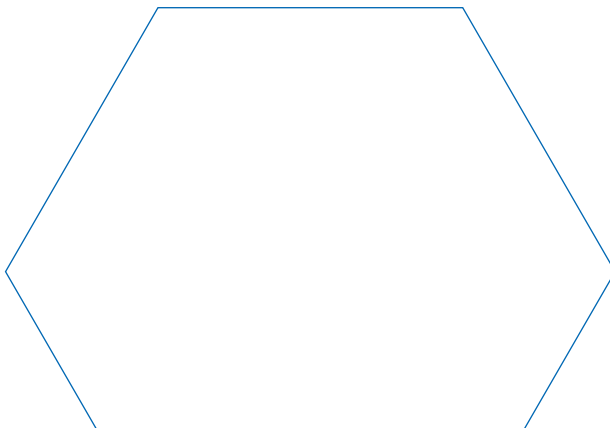
Ländernachhaltigkeitsstrategien

Mittlerweile verfügt die Mehrheit der deutschen Bundesländer über Nachhaltigkeitsstrategien, die laufend fortgeschrieben werden. Häufig berücksichtigen länderspezifische Nachhaltigkeitsstrategien Zielsetzungen der nationalen bzw. UN-Ebene, beziehen sich jedoch insbesondere auf die regionalen Bedingungen und Besonderheiten. So verpflichtete sich NRW 2016 als erstes Bundesland mit seiner Nachhaltigkeitsstrategie die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) umzusetzen.

KOMMUNE

Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Münster

Kommunale Nachhaltigkeitsstrategien bringen kommunales Handeln mit den Strategien übergeordneter Ebenen in Einklang. In einem intensiven Dialogprozess mit verschiedensten Akteur*innen hat die Stadt Münster eine Nachhaltigkeitsstrategie sowie ein umfassendes Maßnahmenprogramm entwickelt, die 2019 vom Stadtrat beschlossen wurden. Angelehnt an die SDGs, wurden zehn strategische Ziele mit 41 Unterzielen und konkreten Maßnahmen ausgearbeitet, die nun umgesetzt werden. Die Strategie bildet so die Klammer um die mehr als 50 bestehenden und neuen stadtweiten Strategien und Konzepte.





Berichterstattung

Nachhaltige Entwicklung ist ein Prozess, der nicht nur konsequentes Handeln, sondern auch stetige Weiterentwicklung und Erfolgskontrolle erfordert. Viele Kommunen, Unternehmen, Länder und Institutionen veröffentlichen daher regelmäßig Nachhaltigkeitsberichte bzw. Indikatoren oder Fortschrittsberichte. Diese nehmen vor allem eine Analysefunktion über den Zustand der Nachhaltigen Entwicklung der berichtenden Institution ein. Doch darüber hinaus können die Berichte sowohl der Information als auch der Steuerung (Entscheidungshilfe) dienen.

BUND

Indikatorenbericht der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Auf Bundesebene berichtet das Statistische Bundesamt alle zwei Jahre über die in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie festgelegten Indikatoren und dessen Zielerreichung im Rahmen sogenannter Indikatorenberichte. Diese beinhalten detaillierte Beschreibungen aller Indikatoren, deren Entwicklung und ihren Status, sowie weiterführende Analysen. Die Berichte dienen zum einen der Informationsgrundlage und zum anderen notwendigen Nejustierungen. Darüber hinaus werden die Daten seit 2020 auf der Online-Plattform www.dns-indikatoren.de bereitgestellt, die interaktive Elemente wie z. B. eine kartenbasierte Darstellung der Indikatoren ermöglicht.

LAND

Hessischer Fortschrittsbericht und Task Force „Ziele und Indikatoren“

Zur hessischen Nachhaltigkeitsstrategie verfasst das Statistische Landesamt seit 2010 im zweijährigen Rhythmus Fortschrittsberichte, die die Indikatoren sowie die zu erreichenden Zielwerte in Form von Texten, Schaubildern und Tabellen darstellen. Die hessische Nachhaltigkeitsstrategie hat darüber hinaus die Task Force „Ziele und Indikatoren“ etabliert, die die Zielindikatoren und das Indikatorenset in einem intensiven Austauschprozess angelehnt an die SDGs weiterentwickelt hat und auch weiterhin an der Erarbeitung neuer Indikatoren arbeitet.

KOMMUNE

Nachhaltigkeitsbericht und Voluntary Local Review der Stadt Bonn

Die Bundesstadt Bonn berichtet im dreijährigen Turnus über den Status Quo der Nachhaltigen Entwicklung in Form eines Nachhaltigkeitsberichtes. Der mittlerweile fünfte veröffentlichte Bericht dient neben der Information insbesondere der Nutzung als Steuerungsinstrument für kommunales Handeln und politische Entscheidungen. Ferner hat Bonn 2020 als eine der ersten deutschen Städte einen Voluntary Local Review veröffentlicht, mit dem sich Bonn in besonderem Maße zur Umsetzung der 17 SDGs und zur regelmäßigen Berichterstattung über ihren lokalen Umsetzungsprozess an die Vereinten Nationen bekennt.



Begutachtung

Für die stetige Qualitätssicherung der Nachhaltigkeitspolitik ist eine wissenschaftliche, unabhängige Begutachtung von hoher Bedeutung. Dabei können u. a. Umsetzungsdefizite von Fachexpert*innen beleuchtet, Wirkungsannahmen hinterfragt und Lösungsansätze benannt werden. Öffentliche Abschlussberichte dieser Gutachten dienen nicht nur der Weiterentwicklung der Politik, sondern sorgen auch für einen transparenten Prozess. In der Wissenschaft spricht man bei solchen Begutachtungsprozessen durch unabhängige Gutachter*innen aus dem gleichen Fachgebiet von einem Peer Review.

BUND

Peer Review zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Die Bundesregierung hat den Rat für Nachhaltige Entwicklung 2009, 2013 und 2018 mit der Organisation eines Peer Reviews zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik beauftragt. So wurden zuletzt 11 internationale Fachexpert*innen ernannt, in einem 10-jährigen Prozess die nationale Nachhaltigkeitsstrategie zu begutachten. Neben umfassenden internen Debatten hat man eine Stakeholderbefragung unter 85 teilnehmenden Organisationen durchgeführt. Das Ergebnis des Peer Reviews sind 11 umfassende Empfehlungen an die Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Strategie.



LAND

Peer Review Hessen

Als erstes Bundesland hat die hessische Landesregierung 2018 zum 10-jährigen Jubiläum der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie einen Peer Review beauftragt, um den bisherigen Prozess zu evaluieren und Weiterentwicklungspotentiale zu eruieren. Über mehrere Monate haben sich 6 externe und unabhängige Expert*innen beraten, Materialien gesichtet, Veranstaltungen besucht und verschiedene Stakeholder befragt. Im Vergleich mit Strukturen und Aktivitäten anderer Bundesländer und Länder wurden 12 Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Strategie ausgearbeitet, die dem Umweltministerium übergeben wurden. Erste Empfehlungen wurden bereits aufgegriffen und umgesetzt, so z. B. die partizipative Entwicklung eines Leitbildes.



Nachhaltigkeitsprüfung

Grundsätzlich legen Nachhaltigkeitsstrategien vielfältige Zielsetzungen fest, die gleichzeitig verfolgt werden. Die damit verbundenen Ziele und Maßnahmen können sich dabei wechselseitig begünstigen, aber auch im Konflikt zueinanderstehen. Besonders die Berücksichtigung langfristiger Auswirkungen ist in politischen Entscheidungen herausfordernd. Damit Nachhaltigkeit zum Leitprinzip der Politik wird, kann die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen, Programmen und Verordnungen ein wirksamer Baustein sein, um Politikvorschläge stärker an Nachhaltigkeit auszurichten.

BUND

Gesetzesfolgenabschätzung

In Deutschland besteht seit 2009 die Verpflichtung zur Nachhaltigkeitsprüfung bei Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, die in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien verankert ist. Im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung werden Zielkonflikte zwischen den Nachhaltigkeitszielen transparent und unter Berücksichtigung des abzusehenden Fortschritts dargelegt. Zur Durchführung wurde zuletzt ein Webtool zur elektronischen Nachhaltigkeitsprüfung (eNAP) eingeführt, das die systematische Prüfung anhand der Inhalte der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie erleichtern soll.

LAND

Gemeinsame Geschäftsordnung NRW

Eine Prüfung von Gesetzen und Verordnungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Nachhaltige Entwicklung ist auch in der Gemeinsamen Geschäftsordnung NRW festgehalten. Dabei müssen alle Entwürfe von einer Darlegung der mittel- und langfristigen Auswirkungen, der Beiträge der Zielerreichung der Nachhaltigkeitsstrategie und mögliche Zielkonflikte begleitet werden. Prüfungsmaßstab sind die sogenannten Nachhaltigkeitspostulate der Nachhaltigkeitsstrategie mit den ihnen zugeordneten Zielen und Indikatoren.

KOMMUNE

Nachhaltigkeitseinschätzung der Stadt Solingen

Mittlerweile haben auch bereits einige Kommunen Ratsvorlagenprüfungen etabliert. Solingen hat 2019 eine verbindliche Prüfung aller Beschlussvorlagen des Rates und der Ausschüsse eingeführt. Mit Hilfe einer eigens entwickelten Nachhaltigkeitseinschätzung wird systematisch sichergestellt, dass die im Handlungsprogramm zur Nachhaltigkeitsstrategie formulierten Ziele konsequent verfolgt werden. Die Einschätzung hat einen informativen Charakter und soll die politische Entscheidungsfindung unterstützen. Darüber hinaus soll eine Auseinandersetzung mit den Solinger Nachhaltigkeitszielen gefördert werden.



Haushaltsplanung

Soll Nachhaltigkeit systematisch eingebunden und als Grundprinzip jeder Tätigkeit verstanden werden, wird schnell deutlich, dass die zentralen Entscheidungen häufig in der Haushaltsführung liegen. Um Nachhaltigkeit sektorübergreifend in die Standardverfahren zu integrieren, bietet sich die Verankerung von Nachhaltigkeitszielen im Haushalt an. Ein sogenannter Nachhaltigkeitshaushalt bietet einen Überblick, welche haushaltsrelevanten Maßnahmen zur Erfüllung der Nachhaltigkeitsziele beitragen und kann damit eine langfristige und strategische Nachhaltigkeitssteuerung etablieren.

BUND

Pilotprojekt Nachhaltiger Bundeshaushalt

Mit der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2021 beabsichtigt die Bundesregierung in einem Pilotprojekt zu prüfen, welche Möglichkeiten der Verknüpfung von Nachhaltigkeitszielen mit dem Bundeshaushalt bestehen. Diese Maßnahme soll neben der Transparenz und Wirkungsorientierung dazu beitragen, Zielkonflikte herzustellen und die Qualität der öffentlichen Finanzen zu stärken.

KOMMUNE

Pilotprojekt Kommunaler Nachhaltigkeitshaushalt

Wie kommunale Nachhaltigkeitshaushalte aussehen können, erprobt die LAG 21 NRW in Kooperation mit dem Institut für den öffentlichen Sektor im Auftrag des MULNV seit 2017. Dabei werden in den teilnehmenden Kommunen Kernteams aus Nachhaltigkeitsverantwortlichen, Kämmer*innen und Mitarbeitenden aus thematisch passenden Ämtern gebildet, die mit wissenschaftlicher Unterstützung die Verknüpfung von Nachhaltigkeitszielen und dem Haushalt entwickeln. So haben z. B. die Stadt Köln und der Kreis Unna 2017 begonnen, einen Nachhaltigkeitshaushalt zu entwickeln.



Finanzpolitik

Um das Ziel der Generationengerechtigkeit sicherzustellen, ist eine nachhaltige Finanzpolitik unabdingbar. Denn langfristige und tragfähige öffentliche Finanzen stellen einen wirksamen Hebel für eine Nachhaltige Entwicklung dar. Eine nachhaltige Finanzpolitik kann somit wichtige Impulse sowie Weichenstellungen setzen – unter anderem bei Rahmensetzungen, Finanzierungen der Transformation und nachhaltigen Investitionen.

BUND

Sustainable-Finance-Beirat

Der Sustainable-Finance-Beirat wurde im Juni 2019 durch die Bundesregierung eingesetzt, um bestehende Expertise zu bündeln und den Dialog zwischen den relevanten Akteur*innen zu fördern. Der Beirat berät die Bundesregierung bei der Ausarbeitung und Umsetzung ihrer Sustainable Finance-Strategie, dessen Erarbeitung durch den Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung entschieden wurde. Im Februar 2021 legte der Beirat einen Abschlussbericht mit 31 Empfehlungen vor, wie die Transformation der deutschen Wirtschaft durch ein nachhaltiges Finanzsystem finanzierbar wird. Die deutsche Sustainable Finance-Strategie wurde im Mai 2021 durch das Bundeskabinett beschlossen.

LAND

Nachhaltiger Aktienindex in Hessen und NRW

Seit 2019 legen Hessen, NRW, Baden-Württemberg und Brandenburg die Mittel ihrer Pensionsfonds nach miteinander abgestimmten nachhaltigen Kriterien an. Dafür wurden länderübergreifend zwei Aktienindizes (innerhalb und außerhalb der Eurozone) entwickelt, die neben ökologischen, ethischen und sozialen Kriterien, bestimmte Ausschlusskriterien (u. a. Atomenergie) berücksichtigen. Beide Indizes werden darüber hinaus in einer Variante mit einem Ausschluss der Gewinnung fossiler Brennstoffe sowie der CO₂-intensivsten Unternehmen berechnet. Das Gesamtvolumen der vier Länder umfasste 2019 rund 3,6 Milliarden Euro.

KOMMUNE

Nachhaltige Finanzanlagen Bonn

Die Stadt Bonn berücksichtigt bei der Anlage ihrer städtischen langfristigen Finanzen einen mehrdimensionalen Ansatz: Zunächst werden ethische und ökologische Kriterien bzw. Ausschlusskriterien um das Thema Divestment (fossile Energien, Atomenergie) berücksichtigt. Darüber hinaus muss eine Anlage einen bestimmten ESG-Punktwert erreichen, also Engagement in den Bereichen Ökologie, Soziales und Governance vorweisen. Darüber hinaus wird derzeit angestrebt, dass alle Finanzanlagen der Stadt auch einen direkten Beitrag zur Erreichung der SDGs leisten sollen.



Internationale Zusammenarbeit

Nachhaltigkeit ist eine globale Aufgabe und kann nicht allein durch nationale oder regionale Anstrengungen erreicht werden. Um den globalen Herausforderungen zu begegnen, trifft sich die internationale Staatengemeinschaft seit den 90er-Jahren regelmäßig zu Rio-Konferenzen oder UN-Klimagipfeln. Dabei entstanden sind u. a. die Agenda 2030 und die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs). Außerdem leistet die Zusammenarbeit zwischen internationalen Akteur*innen der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik einen wichtigen Beitrag für die nachhaltige Lösung globaler Dimensionen.

BUND

Highlevel Political Forum

Um die Umsetzung der Agenda 2030 zu überprüfen, wurde die Schaffung des Hochrangigen Politischen Forums für Nachhaltige Entwicklung (HLPF) beschlossen. Das HLPF ist somit das zentrale UN-Gremium zur Abstimmung der globalen Nachhaltigkeitspolitik. Neben der Präsentation freiwilliger Staatenberichte (Voluntary National Reviews) und dem Aushandeln politischer Erklärungen, bekommen auch u.a. Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft und Wissenschaft die Möglichkeit zur Beteiligung. Das Forum tagt jährlich auf Minister*innenebene und alle 4 Jahre auf Ebene der Staats- und Regierungschef*innen.

LAND

Partnerschaft Rheinland-Pfalz und Ruanda

Seit 1982 pflegen Ruanda und Rheinland-Pfalz eine enge Partnerschaft, die breite Unterstützung sowohl in der Bürgerschaft als auch in Politik und Verwaltung gefunden hat. Durch vielfältige Projekte konnten bereits zahlreiche Kommunen, Vereine, Kirchen, Hochschulen und Schulen vernetzt werden. Durch die Schwerpunkte der Partnerschaft in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Umwelt, trägt die Zusammenarbeit aktiv zu Umsetzung der SDGs 3, 4, 15 und 17 bei. Ein neuer Baustein ist der 2018 implementierte kommunale Verwaltungsaustausch, der zum nachhaltigen Verwaltungshandeln bei der Partner*innen beiträgt.

KOMMUNE

Kommunale Klimapartnerschaften

Die lokale Umsetzung der global beschlossenen Vereinbarungen hinsichtlich Nachhaltigkeit und Klimaschutz, fördern kommunale Klimapartnerschaften. Im Projekt der SKEW und LAG 21 NRW werden Klimapartnerschaften aus jeweils einer Kommune aus dem Globalen Süden sowie Deutschland zwei Jahre begleitet und beraten. Um eine strategische und langfristige Zusammenarbeit zu etablieren, entwickeln die Partnerschaften umfassende gemeinsame Handlungsprogramme. Mittlerweile haben bereits 80 Klimapartnerschaften aus fast 150 Kommunen über 100 Klimaprojekte weltweit umgesetzt.



Nachhaltigkeit als Verfassungsziel

Nachhaltigkeit als Verfassungsziel ist eine Forderung, um eine größere Verlässlichkeit im Handeln von Staat, Politik, Bürger*innen und Wirtschaft in Richtung der Nachhaltigen Entwicklung herzustellen. Neben der Prüfung von jedem staatlichen Handeln auf Nachhaltigkeit, sehen Wissenschaftler*innen in der Forderung die Folge, dass der Grundsatz der Generationengerechtigkeit umgesetzt werden würde und dass das Nachhaltigkeitsprinzip die notwendige politische Relevanz bekäme.

BUND

Deutsches Grundgesetz

Im deutschen Grundgesetz ist das Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung bislang nicht umfassend integriert, weshalb eine verfassungsrechtliche Verankerung von mehreren Akteur*innen gefordert wird. Im internationalen Kontext hat Nachhaltigkeit u. a. in den Verfassungen von Frankreich, Finnland und Schweden Einzug gefunden.

LAND

Artikel 26 c der hessischen Landesverfassung

Als erstes Bundesland hat Hessen das Prinzip der Nachhaltigkeit als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen. Bei einer Volksabstimmung im Oktober 2018 stimmten 89,1% der Wähler*innen einer Aufnahme des Artikels 26 c „Der Staat, die Gemeinden und Gemeindeverbände berücksichtigen bei ihrem Handeln das Prinzip der Nachhaltigkeit, um die Interessen künftiger Generationen zu wahren“ zu. Aktuell prüft auch der Thüringer Verfassungsausschuss die Aufnahme des Staatsziel in die Landesverfassung.



Beiräte & Gremien

Um die Nachhaltigkeitsorientierung sicherzustellen, sind auf allen föderalen Ebenen Beiräte wirksame Organe. Insbesondere in politischen Entscheidungsprozessen nehmen Nachhaltigkeitsbeiräte häufig eine beratende Rolle durch Stellungnahmen zur Politikgestaltung bzw. durch Empfehlungen für die Politikoptimierung ein. Die Zusammensetzung der bereits etablierten Nachhaltigkeitsbeiräten variiert zwischen ausschließlich staatlichen bzw. nichtstaatlichen Akteuren und der Beteiligung beider Akteursgruppen.

BUND

Parlamentarischer Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Rat für nachhaltige Entwicklung

Um die Umsetzung der Agenda 2030 zu überprüfen, wurde die Schaffung des Hochrangigen Politischen Forums für Nachhaltige Entwicklung (HLPF) beschlossen. Das HLPF ist somit das zentrale UN-Gremium zur Abstimmung der globalen Nachhaltigkeitspolitik. Neben der Präsentation freiwilliger Staatenberichte (Voluntary National Reviews) und dem Aushandeln politischer Erklärungen, bekommen auch u. a. Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft und Wissenschaft die Möglichkeit zur Beteiligung. Das Forum tagt jährlich auf Minister*innenebene und alle 4 Jahre auf Ebene der Staats- und Regierungschef*innen.

LAND

Bündnis Nachhaltigkeit Hessen

Hessen hat 2019 das „Hessische Bündnis für Nachhaltigkeit“ mit rund 60 Mitgliedern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten und der Umweltministerin etabliert. Das Bündnis entscheidet nicht nur über die strategische Ausrichtung und Schwerpunktthemen, sondern auch über Ziele für die weitere Arbeit sowie konkrete Aktivitäten, wie beispielsweise die Einrichtung eines Steuerungskreises zur Bearbeitung von Schwerpunktthemen.

KOMMUNE

Beirat Nachhaltige Kommune Solingen

Solingen als lokal und global nachhaltige Stadt wirkungsvoll voranzubringen, ist die Zielsetzung des im August 2020 gegründeten Beirats „Nachhaltige Kommune Solingen“. Der Beirat versteht sich als breit aufgestelltes Nachhaltigkeitsgremium, das die Zukunftsprozesse in der Stadt wirkungsvoll und sichtbar mitgestalten will. Dabei sollen stets alle Kreise der Bevölkerung mitgenommen werden. Die fachliche Begleitung von Maßnahmen aus der Solinger Nachhaltigkeitsstrategie ist eine wesentliche Aufgabe des Gremiums. Die Strategie mit ihren 56 Unterzielen und 210 handlungsleitenden Maßnahmen war zwei Jahre zuvor in einem breiten Beteiligungsprozess erarbeitet und anschließend einstimmig vom Rat verabschiedet worden. umgesetzt.



Vertikale Integration

Eine effektive Nachhaltigkeitspolitik sollte eine Konsistenz und ein Ineinandergreifen über alle föderalen Ebenen hinweg sicherstellen. Bezogen auf Nachhaltigkeitsstrategien bedeutet das, Zielsysteme und Umsetzungsmechanismen auf allen politischen Ebenen (von international bis lokal) in Einklang zu bringen. Grundsätzlich bieten sich für ein solches Ineinandergreifen unterschiedliche Austauschformate an, die insbesondere an den Schnittstellen zwischen den Ebenen angesetzt werden sollten.

BUND

Bund-Länder-Erfahrungsaustausch für nachhaltige Entwicklung

Um Kohärenz zwischen dem Bund und den Ländern herzustellen, wurde mit dem Bund-Länder-Erfahrungsaustausch für nachhaltige Entwicklung ein Format etabliert, das Raum für den regelmäßigen Austausch über aktuelle Themen Nachhaltiger Entwicklung auf Bundes- und Länderebene bietet. Beteiligt sind die für Nachhaltigkeit zuständigen Ressorts des Bundes und der Länder. Den Vorsitz haben der Chef des Bundeskanzleramts sowie die Chef*innen der Staats- und Senatskanzleien inne. Zweimal jährlich werden gemeinsame Themen der Nachhaltigkeit zwischen den Beteiligten erörtert.

LAND

Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN)

Die Vernetzung zwischen Bund, Land und Kommune schaffen die vier RENN (RENN.*nord*, RENN.*mitte*, RENN.*süd*, RENN.*west*) in enger Zusammenarbeit mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung. Auf Grundlage der nationalen Strategie sowie den Ländernachhaltigkeitsstrategien stehen Wissenstransfer, Netzwerken, Politikgestaltung und die Umsetzung der SDGs auf der Agenda der RENN. Durch vielfältige Veranstaltungen, lebhaftes Diskursformate, wirksame Kampagnen und qualifizierter Beratung wenden sich die RENN an Kommunen, Zivilgesellschaft und Unternehmen und bringen gebündelte Impulse in den Nachhaltigkeitsdiskurs ein.

KOMMUNE

Dialog Nachhaltige Kommunen NRW

Für den verstärkten Austausch zwischen Land und Kommunen hat die NRW-Landesregierung 2014 den Dialog Nachhaltige Kommunen NRW initiiert. Der Dialog bringt 21 Bürgermeister*innen, Oberbürgermeister*innen, Landräte und Beigeordnete sowie Vertreter*innen der Kommunalen Spitzenverbände mit der Landesregierung zusammen, die über die Fortentwicklung und die Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sowie Nachhaltigkeitsaktivitäten der Kommunen diskutieren. Zweimal im Jahr treffen sich die Teilnehmenden zu themenspezifischen Sitzungen, die von der LAG 21 NRW koordiniert werden.



Horizontale Integration

Für eine langfristige und erfolgreiche Umsetzung von Nachhaltigkeit, ist eine ganzheitliche Betrachtung und Beteiligung von großer Bedeutung. Denn Diskussionen einzelner Aspekte aus verschiedenen thematischen Blickwinkeln sorgen für das Aufdecken möglicher Zusammenhänge oder Zielkonflikte. Die weitere Abstimmung zwischen verschiedenen Arbeitsgruppen bzw. Ministerien schafft darüber hinaus Kohärenz sowie ein strukturübergreifendes Zusammenwirken der Bereiche. Um einzelne Themen nicht isoliert, sondern in der Gesamtperspektive zu betrachten, sind z. B. ressortübergreifende Gremien sinnvoll.

BUND

Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung

Auf Bundesebene formulieren alle Ministerien die Nachhaltigkeitspolitik in den Gebieten ihrer Zuständigkeit. Darüber hinaus ist jedes Ministerium im Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung vertreten, um an der gemeinsamen Umsetzung der vielen Querschnittsbereiche mitzuwirken. Die Aufgaben des Ausschusses umfassen die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie, die Prüfung der Indikatoren und die Beratung der Bundesregierung. Damit ist der Ausschuss das zweithöchste beschlussfassende Organ der Bundesregierung, wenn es um Fragen der Nachhaltigkeitspolitik geht.

LAND

Interministerieller Koordinierungskreis Saarland

Im Saarland wird die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie seitens der Landesregierung von dem Interministeriellen Koordinierungskreis Nachhaltigkeitsstrategie begleitet. Jedes Ministerium entsendet eine*n fachkompetente*n Vertreter*in in das Gremium, welches die Schnittstelle zu den externen Partner*innen der Nachhaltigkeitsstrategie bildet. Die Abstimmungstreffen finden adhoc und themenbezogen statt.

KOMMUNE

Global Nachhaltige Kommune NRW & hessische BNE-Netzwerke

Von der LAG 21 NRW und der SKEW begleitet, entwickeln Kommunen im Projekt GNK NRW im Auftrag des BMZ kommunale Nachhaltigkeitsstrategien. Alle relevanten Stakeholder werden

von Beginn an eingebunden, sodass die Strategien gemeinsam in einem partizipativen Prozess entwickelt werden. Eine ganzheitliche Betrachtung in der Strategieentwicklung schaffen die zentralen und themenübergreifenden Steuerungsgruppen, die neben den verschiedenen Ämtern und Fachbereichen der Kommune weitere Akteur*innen aus der Gesellschaft beteiligen.

Um Bildung für Nachhaltige Entwicklung und die 17 SDGs in Hessen zu verankern, unterstützt die Landesregierung seit 2013 die Etablierung von mittlerweile neun regionalen BNE-Netzwerken. Durch gezielte Aktionen und langfristige Bildungskoperationen sorgen die Netzwerke mit ihren unterschiedlichen Partnern aus Schulen, Kitas, Umweltzentren, Unternehmen, Vereinen und anderen Bildungsträgern bzw. Akteure*innen gemeinsam für die Vermittlung des Leitbildes der Nachhaltigen Entwicklung in allen Bevölkerungsgruppen.



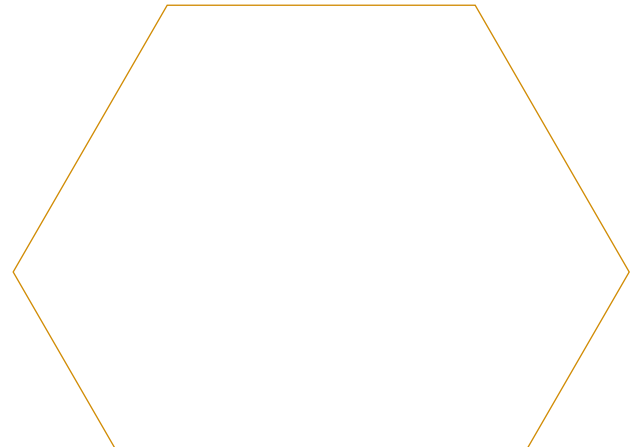
Kommunikation & Information

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft spielt die Kommunikation der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) bzw. der Nachhaltigkeitsstrategien eine bedeutende Rolle, denn nur mit einer überzeugten Gesellschaft gelingt der Transformationsprozess. Dabei findet Kommunikation wechselseitig zwischen den Akteur*innen statt und bedient sich verschiedener Instrumente, wie die direkte Ansprache, Informationsangebote oder partizipative Elemente.

BUND

Deutsche Aktionstage Nachhaltigkeit

2012 hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung die Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit (DAN) ins Leben gerufen, um vorbildliches Engagement für Nachhaltigkeit bundesweit sichtbar zu machen, verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen und die Gesellschaft zu nachhaltigem Handeln zu bewegen. Dazu wird jährlich in einem einwöchigen Zeitraum im September aufgerufen, sich mit vielfältigen Aktionen zu beteiligen. 2021 konnten die DAN mit über 3.400 Aktionen einen Höchststand erreichen.



LAND

Hessischer Tag der Nachhaltigkeit & Kampagne Ziele brauchen Taten

Initiiert durch die Nachhaltigkeitsstrategie findet alle zwei Jahre der Hessische Tag der Nachhaltigkeit statt, der durch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen lokal umgesetzt wird. Unter dem Motto „Lebendig – vielfältig – nachhaltig: Unser Hessen in Stadt und Land“ konnte 2020 Nachhaltigkeit durch 850 Aktionen landesweit erlebbar werden.

Mit der Kampagne „Ziele brauchen Taten“ stärkt RENN.west die Aufmerksamkeit für die 17 SDGs. Anpiff für die Kampagne war 2019, aktuell wird mit „Ziele brauchen Taten – Sport im Westen“ das Thema Nachhaltigkeit im Sport fokussiert. Aktive, Vereine, Verbände und Fans werden für Nachhaltigkeit begeistert und die Frage diskutiert, wie der Sport nachhaltiger gestaltet werden kann.

KOMMUNE

Kinoreihe „17 Ziele – 17 Filme“

Mit „17 Ziele – 17 Filme“ hat das Filmhaus Saarbrücken in Kooperation mit der Landeshauptstadt Saarbrücken, RENN.west und weiteren Partner*innen eine Filmreihe initiiert, die monatlich thematisch passende Spiel- und Dokumentarfilme zu den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen zeigt. Nach jeder Vorstellung wird die Möglichkeit geboten, mit Expert*innen und dem Kinopublikum zentrale Fragestellungen des Films zu diskutieren.



Öffentliche Beteiligungsangebote

Damit Nachhaltigkeit auch in der Gesellschaft verankert wird, ist die Beteiligung verschiedener Akteur*innen der Gesellschaft an der Weiterentwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik von hoher Bedeutung. Durch die Beteiligung verschiedenster Interessensgruppen werden unterschiedliche Zielvorstellungen in wesentlichen Entscheidungen berücksichtigt, die für eine hohe Akzeptanz der Resultate in der Bevölkerung sorgen kann. Dabei kann Beteiligung durch vielfältige Formate ermöglicht werden (z. B. Konsultationen, Dialogformate, Online Tools, Beiräte etc.).

BUND

Dialogprozess zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde durch die Bundesregierung von einem Dialogprozess begleitet. Vier öffentliche Regionalkonferenzen mit rund 1.500 Teilnehmenden sowie diverse Stellungnahmen dienten zunächst als Grundlage für die Erarbeitung eines neuen Strategieentwurfs, der als „Dialogfassung“ zur öffentlichen Kommentierung im Herbst 2020 online veröffentlicht wurde. Die rund 360 schriftlichen Beiträge sowie Anmerkungen aus dem Fachaustausch „Forum Nachhaltigkeit“ wurden anschließend eingearbeitet und die weiterentwickelte Strategie im März 2021 veröffentlicht.

LAND

Partizipativer Fortschreibungsprozess der saarländischen Nachhaltigkeitsstrategie

Zur Fortschreibung der saarländischen Nachhaltigkeitsstrategie läuft seit 2020 ein gesellschaftlicher Beteiligungsprozess, der u. a. von RENN.west begleitet wird. In monatlichen Online-Foren diskutierten Interessierte über die Weiterentwicklung der thematischen Handlungsfelder. Um diese Handlungsfelder zu konkretisieren, konnten zudem Projektideen eingereicht werden. Ein Expert*innenteam entscheidet über 10–15 Leuchtturmprojekte, die in der Fortschreibung verankert und mit Unterstützung der Landesregierung umgesetzt werden. Als digitales Tool zum dauerhaften Austausch wird die Plattform „wechange“ genutzt.

KOMMUNE

Bürger*innenbefragung der Stadt Speyer

Die Stadt Speyer hat im Zuge der Erarbeitung eines Nachhaltigkeitsberichtes bereits zum zweiten Mal eine Bürger*innenbefragung durchgeführt. Neben der Zielerreichung der Indikatoren stellt die Stadt Speyer mit den Ergebnissen der Befragung die Sicht Speyers Bürger*innen auf die Handlungsfelder dar. Erstmals wurde zudem auf Basis der Befragung und weiteren Workshops 2020 ein zentrales Handlungsprogramm der lokalen Umsetzung der SDGs in Speyer veröffentlicht, das alle 5 Jahre fortgeschrieben werden soll.



Wissenstransfer, Netzwerken, Politikgestaltung und die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele stehen auf der Agenda der Regionalen Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West (RENN.west). Mit einem vielfältigem Veranstaltungsportfolio, lebhaften Diskursformaten, wirksamen Kampagnen und qualifizierter Beratung wendet sich RENN.west an Kommunen, Zivilgesellschaft und Unternehmen, um in Hessen, NRW, Rheinland-Pfalz und dem Saarland eine sozial-ökologische Transformation zu forcieren. Als eine von vier Regionalen Netzstellen im Bundesgebiet und in enger Zusammenarbeit mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung verfolgt RENN.west das Ziel, Nachhaltigkeitsstrategien auf den verschiedenen föderalen Ebenen Gewicht zu verleihen und deren Umsetzung mit Leben zu füllen. Dazu arbeiten etablierte Partnerorganisationen aus allen vier Bundesländern der RENN.west-Region in gefestigten Strukturen zusammen.



Impressum

Herausgeber:

Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West
c/o Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
Deutsche Str. 10 • 44339 Dortmund
+49 (231) 936 960-0
west@renn-netzwerk.de

V.i.S.d.P.:

Dr. Klaus Reuter
Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
Konsortialführung RENN.west
Deutsche Straße 10 • 44339 Dortmund
www.lag21.de

Weitere Informationen:

www.renn-netzwerk.de/west
www.ziele-brauchen-taten.de
@RENNwest

Dortmund, 12/2021





www.renn-netzwerk.de/west